KWP34NEU

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand und GJ Kiel

Titel: **Öffentlichen Raum sicher gestalten**

Text

Wir möchten, dass sich alle Menschen im öffentlichen Raum wohlfühlen und gern in unserer Stadt bewegen. Das Bedürfnis nach Sicherheit muss daher bereits in der Stadtplanung berücksichtigt werden. So sind reine Büroquartiere abends ausgestorben und tragen nicht zu einem sicheren Gefühl bei. Wir möchten Quartiere in ihrer Nutzung so durchmischen, dass dadurch mehr Platz für Menschen im öffentlichen Raum geschaffen und eine positive Aufenthaltsqualität generiert wird (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung). Bei der Planung der Stadt soll dabei darauf geachtet werden, dass keine Angsträume entstehen wie bspw. dunkle, schlecht einsehbare Unterführungen. Zudem muss auf eine helle Farbgestaltung und eine smarte, ausreichende Beleuchtung geachtet werden. Smart bedeutet in diesem Zusammenhang u. a. dass die Beleuchtung mit Bewegungssensorik und mit Lichtfrequenzen, die Insekten weniger stören, ausgestattet ist. Weitere smarte Lösungen können via App steuerbare Beleuchtungen sein, wie es bereits mit der aus Schleswig-Holstein stammenden App Knoop erfolgreich praktiziert wird. Wir möchten, dass die Verwaltung ein ökologisches und smartes Beleuchtungskonzept erarbeitet.

Da Sicherheit in unserer Stadt Lebensqualität bedeutet, müssen Angsträume identifiziert werden, um diese Orte gegebenenfalls auch baulich zu verändern. Dazu möchten wir die Menschen vor Ort beteiligen und gemeinsam Lösungen entwickeln. Abgelegene Haltestellen sind ein Angstraum. Wir wollen prüfen, ob es sinnvoll ist, einen Notknopf an abgelegenen Haltestellen zu installieren, der direkt mit der Polizei verbunden ist. Die Stadt Kiel arbeitet an einem Sicherheitskonzept, welches wir kritisch und konstruktiv begleiten.

Es gibt derzeit einen Bahnhofsbeirat, der sich mit Problemen rund um den Bahnhof befasst. Wir wollen darüber hinaus prüfen, ob und inwiefern die Reaktivierung

von kommunalpräventiven Räten quartiers-, projekt- und problembezogen eine sinnvolle Maßnahme sein kann. Ein wichtiger Faktor hierbei ist das Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen in dem Wissen, dass Prävention immer nur gesamtgesellschaftlich gestaltet werden kann. Daher fordern wir ganz besonders die Einbeziehung der Bürger*innen vor Ort.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum wollen wir ausschließlich anlassbezogen, evidenzbasiert und bei richterlicher Anordnung erlauben. Wir fordern, dass diese Videoüberwachung live von einer Person überwacht wird, damit schnelles Eingreifen möglich ist. Den behördlichen Einsatz von großflächigen Videoaufzeichnungen wie Nutzung von Drohnen bei Demonstrationen lehnen wir ab.

Da wir den öffentlichen Raum für alle Menschen nutzbar machen wollen, lehnen wir Verdrängung durch Repression ab und setzen einen Schwerpunkt in der (aufsuchenden) Sozialarbeit und Prävention. Besonders während der Coronapandemie wurde versucht Jugendliche aus dem Schrevenpark und der Reventlouwiese zu verdrängen. Wir möchten keine pauschalen Verurteilungen, sondern über die Stränge schlagende Personen zielgenau sanktionieren. Wir setzen uns dafür ein, dass der öffentliche Raum für Jugendliche und andere Menschen zugänglich bleibt und in diesem gefeiert werden kann. Die Bedingungen dafür müssen verbessert werden, um eine angemessene Nutzung zu garantieren. Dafür sind beispielsweise mehr Mülleimer sowie öffentliche, kostenfreie und saubere Toiletten nötig. Die Möglichkeit zu feiern und laut Musik zu hören, muss bestehen bleiben. Phasen der Ruhe und Phasen jungen städtischen Lebens können sich ergänzen. Generell muss im öffentlichen Raum aufeinander Rücksicht genommen werden.